



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

**ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE**
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

7. Jänner 2025

Ein erster Kommentar zum Regierungsbildungsauftrag an die FP(Ö):

„Pack schlägt sich – Pack verträgt sich“ – mit FPVP zu noch mehr autoritärem Staat!

„Pack schlägt sich – Pack verträgt sich“. So sagt es der Volksmund. In den letzten Jahren und v.a. in den Wochen und Monaten vor der Nationalratswahl haben VP und FP einander beschimpft und es für unmöglich bezeichnet, miteinander zu regieren. Doch regiert die FP schon länger in Oberösterreich, Niederösterreich, jüngst in Salzburg und Vorarlberg, jeweils unter VP-Führung, und zuletzt, gewählt nach den Nationalratswahlen, in der Steiermark als 1:1-Vorlage für den Bund in einer FP-VP-Landesregierung. Nun finden FP und VP wieder zueinander, allerdings erstmals unter FP-Führerschaft auf Bundesebene.

Was bedeutet eine FP(Ö)VP-Regierung unter einer FP-Kanzlerschaft – mit oder ohne Kickl? Es bedeutet, dass FP(Ö)VP nach VP-FP 2000 (Schüssel/Riess/Passer/Haider) und VP-FP 2017 (Kurz-Strache-Kickl) verstärkt den Weg zu einem autoritären Staat einschlagen, da Ihnen das Wohl der breiten Masse der österreichischen Bevölkerung nicht wichtig ist (wir haben daher das „Ö“ in Klammer gesetzt).

Jetzt wollen die VP als Nachfolger der „christlich-sozialen“ und „vaterländischen“ Austrofaschisten (Dollfuß/Schuschnigg) und die FP als Nachfolger der deutsch-nationalen Deutschland-Nazi-Faschisten eine Koalition eingehen. Wozu? Zum Wohle der Menschen im Land? Nein! Denn die meiste Übereinstimmung haben die beiden Parteien darin, dass Wirtschaft, Industrie, die Fabriks-, Konzern-, Bank-, Versicherungs- und Immobilienkapitalisten zur „Standortsicherung“, sprich zur Profitsicherung, noch mehr entlastet werden sollen. Zudem wird schon jetzt außer Streit gestellt, dass weitere Milliarden für Aufrüstung des Militärs und für Kriegsvorbereitungen im Namen von Neutralität und Sicherheit (mit oder ohne Sky Shield) zur Verfügung stehen müssen.

Bezüglich der FP haben die Mächtigen in Österreich, nämlich Wirtschaft und Industriellenvereinigung, gleich am 2. Tag nach der Nationalratswahl klar gemacht, was eine künftige Regierung unter FPÖ-Beteiligung zu tun hat: „... Wenn ihm (Kickl/FP) der Bundespräsident den Regierungsbildungsauftrag erteilt ... dann kann sich Herbert Kickl überlegen, ob er es gleich auf ein Scheitern anlegt oder einen neuen Weg einschlägt. Wie könnte dieser aussehen? Kickl müsste unter anderem vom Widerstand gegen Sky Shield abrücken, seine Haltung zur Ukraine überdenken ... In anderen Bereichen würde man mit der ÖVP schon irgendwie zusammenfinden ...!“ (Die Presse, Leitartikel, 1. 10. 2024)

Die Bevölkerung hingegen soll für Wohnen (Mieten), Strom, Energie und Einkauf weitere Preissteigerungen hinnehmen, gleichzeitig bei Löhnen und Gehältern, Gesundheit, Bildung, Pflege, Pensionen, Arbeitslosen- und Sozialhilfe starke Einschnitte, sprich Kürzungen und noch mehr Belastungen in Kauf nehmen müssen. Verschleiert soll das alles von FPVP damit werden, dass man noch stärker gegen Ausländer, Asylsuchende, Migranten, Kopftuchträgerinnen usw. vorgeht. Im Windschatten davon ist geplant, dass auch bei allen anderen, insbesondere bei Arbeitslosen,

Sozialhilfebeziehern, Niedrigverdienern, Teilzeitarbeitenden, allen finanziell Schlechtgestellten, „eingespart“, also weiter gekürzt, werden soll. Das macht die Armen noch ärmer und nützt auch der vielbeschworenen „Mitte“, also Arbeitern, Angestellten, Beamten, Landes- und Gemeindebediensteten, Schülern, Lehrlingen, Studierenden, Pensionisten nichts, bringt den Kapitalisten und Kriegstreibern allerdings noch mehr Milliarden.

Und noch etwas zeigen die Entwicklungen der letzten Tage deutlich: Industrie und Konzerne sind nicht nur in den USA (Stichwort Musk), sondern auch bei uns – wie schon einmal in der Geschichte in den 1930er Jahren – Dirigenten und Antreiber für den Rechtsruck, für die Öffnung der Schleusen hin zu den offenen Faschisten. Der Faschismus kommt „von oben“, wird von den Herrschenden finanziert und gefördert, und entsteht nicht zuerst „von unten“ aus der Bevölkerung, wie zur Ablenkung immer gerne behauptet wird.

FP-Kickl erzielte bei der Nationalratswahl 28,85% der abgegebenen Stimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 77,7% wählten in Wirklichkeit jedoch nur 22,2% der rund 6,35 Millionen Wahlberechtigten die FP. Kickl hat zwar die meisten Stimmen aller Parteien (FP: 1,40 Mio.; VP: 1,28 Mio.; SP: 1.03 Mio.; Neos: 0,45 Mio.; Grüne: 0,40 Mio.) erhalten, aber nicht die Mehrheit aller Stimmen. Mit der absichtlichen Gleichsetzung von „die meisten“ und „die Mehrheit“ wird von FP, Industrie und Medien für „Volkskanzler Kickl“ Propaganda gemacht.

Die VP erweist sich als Steigbügelhalter der rechtsradikal-faschistoiden FP. Die Neos erweisen sich als neoliberal-konservative Helfershelfer von VP und der autoritären FP im Sinne der Interessen der Großkonzerne sowie des Finanz- und Rüstungskapitals. Die Grünen sind sich mit FP, VP und Neos in Ablehnung der und alleiniger Schuldzuweisungen an die SP einig. Van der Bellen erweist sich als Künstler im Heißluftblasen. Gemeinsam mit Industrie und allen Parteien erweist sich der Bundespräsident nicht als Errichter einer Brandmauer gegen rechts, sondern als Brandbeschleuniger für FP und Kickl. Noch mehr: Die FP selbst jagt nun, mit dem Freibrief der Industrie im Hintergrund, die VP vor sich her. Um noch mehr Macht in einer Regierung und in Zukunft zu bekommen, droht sie der VP bei Nichterfüllung der FP-Forderungen mit Neuwahlen.

Und die SP-Spitzen und die sozialpartnerschaftlich agierenden Gewerkschaftsoberen? Sie waren in ihren Forderungen und Verhandlungsprogramm nicht „zu links“ wie die Medien ihnen vorwerfen! Die SP-, Gewerkschafts- und AK-Spitzen haben bloß noch immer nicht verstanden, dass keine der anderen Parteien (und schon gar nicht Wirtschaftsvertreter und Industrie, die ja schon in der Steiermark und jetzt erst recht ganz offen eine Bundesregierung unter FP-Führung erzwingen), die SP am Verhandlungstisch oder gar in einer Regierung haben will. Denn für sie alle gilt: Nur ein „toter Roter“ ist ein „guter Roter“, wenn sie also nichts mehr zu melden haben oder es sie gar nicht mehr gibt. Historisch gesehen haben das ja schon die Vorgänger von VP (Austrofaschisten Dollfuß und Schuschnigg) und FP (die Nazi-Faschisten) gemacht: Zuerst Ausgrenzung, dann Verbot, dann Gefängnis bzw. Ermordung von Roten, Betriebsräten und Gewerkschaftern und letztlich von allen Andersdenkenden und Andersseienden.

Und jetzt, heute? Das nächste Ziel der Rechten ist klar: Nach der SP sollen Gewerkschaften, Arbeiterkammern (AK) und die Vertretungen der Arbeiter, Angestellten und anderer Bediensteten in Betrieben, Büros, Amtsstuben oder der Sozialversicherung geschwächt bzw. ganz ausgeschaltet werden. Das hat man zuletzt schon unter Kurz/Strache/Hartinger-Klein/Kunasek in der VP-FP-Regierung von 2017-2019 gesehen. Das wurde jüngst auch im Zuge der letzten KV-Auseinandersetzungen in verschiedenen Betrieben von den Chefetagen aus versucht und wird weiter versucht. Diese und andere Chefs, angeführt von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammern, erhoffen, ja erwarten sich von FP/ Kickl und ihren VP-Steigbügelhaltern genau das: die letztendliche Zerschlagung jeder organisierten Vertretung der arbeitenden Menschen. Gelingt das, dann schaut es für Löhne, Gehälter, Gesundheit, Bildung usw., ja für die Lebenshaltung und das tägliche Leben aller Menschen düster aus.

Industrie, Wirtschaft, FP, VP, Neos, Grüne propagieren „Sozialpartnerschaft“ immer nur dann, wenn für die Konzerne und die Reichen die Verluste sozialisiert und die Gewinne privatisiert werden. Mit einer von ihnen installierten FPVP-Regierung erwarten Industrielle und Bosse, dass es weniger oder keine Zeit- und Reibungsverluste, keine Profitschmälerung mehr durch „Sozialpartnerschaft“ in Form von „Einbindung“ von SP, AK, Gewerkschaften oder Betriebsräten gibt.

Mit einer Politik der Spaltung der Gesellschaft unten, einer Politik des „Knüppel aus dem Sack“ wie FP schon immer und VP schon lange propagieren, soll jetzt die FPVP-Regierung ernst machen und verstärkt zuerst gegen Teile der Bevölkerung, dann gegen alle Menschen vorgehen, außer gegen die Reichen, Vermögenden und Konzerne.

Wie kam es so weit? Das Ansinnen der SP, wenn möglich in jeder Regierung dabei zu sein, das Dulden, Mitmachen und Einschwenken durch die SP-Spitzen auf einen neoliberalen Kurs mit Orientierung auf die Interessen des Finanz- und Konzernkapitals, auch die Annäherung der SP an die FP (sie koalierte mit der FP im Bund von 1983 – 1986 und im Burgenland von 2015 – 2020) und das Hoffen auf die „Einsicht“ der Kapitalisten, dass auch ihnen das Wohl der Allgemeinheit am Herzen liegen müsse, hat zu den Wahlverlusten der letzten Jahre, ja Jahrzehnte geführt. Bruno Kreisky nannte 1986 diesen Kurswechsel so, dass der Bankdirektorenflügel um Vranitzky und Androsch die Macht in der SPÖ übernommen habe, was den arbeitenden Menschen noch teuer zu stehen kommen werde. Die von Vranitzky und Klima mit der VP durchgedrückte Privatisierung und der Ausverkauf der Verstaatlichten Industrie und vieler staatsnahen oder staatlicher Betriebe sowie erste Pensionskürzungen (z.B. Verlängerung des Antrittsalters für Frauen) als Vorleistungen auf den EU-Beitritt und die EU-Teilnahme selbst brachten erhebliche Einschnitte für die Bevölkerung. Es stimmt, dass der EU-Beitritt, der jetzt 30 Jahre her ist, der Wirtschaft sehr viel gebracht hat. Es zeigte und zeigt sich aber auch, dass der Propagandaspruch der Industrie „Geht’s der Wirtschaft gut, geht’s den Menschen gut“ nicht stimmt.

Was hilft dagegen: SP-, Gewerkschafts- oder AK-Spitzen sowie Funktionäre, Vertrauensleute und Sympathisanten müssen mit Demut und Einsicht der eigenen Versäumnisse und mit einer Absage an den Irrglauben der Sozialpartnerschaft zurück an die Basis, und mit Ehrlichkeit, Ausdauer sowie neuerlichem vollen Einsatz an der Seite der arbeitenden Menschen Solidarität und Widerstand aufbauen, ohne (nur) auf die nächsten Wahlen oder eine schnelle Regierungsbeteiligung zu schießen. **Solidarität ist unsere Stärke – gemeinsamer und selbständiger Widerstand ist unsere einzige Chance!**



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

**ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE**
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

7. Jänner 2025
